

Am digitalen Pranger

Medizin Der Feldzug der „Lebensschützer“ zeigt Wirkung: Deutschlands bekanntester Abtreibungsarzt musste seine Praxis in Stuttgart aufgeben. Auch andere Ärzte werden bedrängt.

Herr Stapf, wie finden Sie es, wenn Sie im Internet als Massenmörder beschimpft werden?“

„Das interessiert mich nicht, ich versuche, diese Menschen zu ignorieren.“

Der 69-jährige Mediziner sitzt in seinem Büro, einem Nebenraum seiner Münchner Abtreibungsklinik. Im Regal stehen prall gefüllte Aktenordner zu den Gerichtsverfahren, die er gewonnen hat: gegen militante Abtreibungsgegner, die vor seiner Praxis die Patientinnen bedrängten, und gegen den Freistaat, der ihn daran hindern wollte, in Bayern abzutreiben.

Stapf musste in seinem Leben häufig Prozesse führen und viele davon hat er zu seinen Gunsten entschieden. Während er eine Zigarette nach der anderen raucht, spricht er über das, was ihm jetzt droht: seine größte Niederlage. Seit 1991 betreibt er eine Abtreibungspraxis in Stuttgart, seit 1993 eine in München. Nun wurden die Mietverträge beider Praxen nicht verlängert. In Stuttgart meldete der Vermieter Eigenbedarf an. In München gab es einen Vermieterwechsel.

Stapf hat über Monate an möglichen Lösungen gearbeitet, er hat gehofft und gekämpft. Bislang vergebens. Im Februar musste er bereits die Praxis in Stuttgart schließen, ohne einen Ersatz gefunden zu haben. Auch für München sucht er noch nach einer Alternative.

Im Jahr 2013 wurden 5500 der bundesweit 102 802 Schwangerschaftsabbrüche in einer seiner Praxen vorgenommen. Insgesamt hat er während seiner 35-jährigen Berufslaufbahn rund 100 000 Schwangerschaften beendet. Friedrich Stapf gilt als der erfahrenste Abtreibungsarzt Deutschlands.

Bundesweite Bekanntheit erlangte Stapf 1998, als er (zusammen mit vier Kollegen) vor dem Bundesverfassungsgericht gegen den Freistaat Bayern klagte. Die Landesregierung hatte ein Gesetz erlassen, das ihn die Existenz gekostet hätte. Nur noch Gynäkologen sollten in Bayern abtreiben dürfen – Stapf ist Allgemeinmediziner. Vor allem aber wäre nach dem Gesetz verboten gewesen, dass Abbrüche mehr als 25 Prozent der Praxiseinnahmen ausmachen. Das hätte das Ende für all jene Praxen bedeutet, die sich allein auf Abbrüche spezialisiert haben. Die Karlsruher Richter erklärten das Gesetz in Teilen für nichtig. „Das war ein Befreiungsschlag gegen das konservative Bayern“, erzählt Stapf.

Für den Betreiber von abtreiber.com ist der Mediziner seitdem der „Tötungsspezialist No. 1“. Unter M wie München fin-



Mediziner Stapf in Münchner Praxis: Drohbriefe gegen den Vermieter

den sich auf diesem Portal sein Name und seine Anschrift.

Stapf ist nicht der Einzige, der am digitalen Pranger steht. Klaus Günter Annen, Betreiber der Website, hat die Kontaktdaten von Ärzten, die seiner Meinung nach in Deutschland Schwangerschaften abbrechen, fein säuberlich nach Ort und Postleitzahl sortiert. Neben Ärzten, von denen Annen kein Foto hat, steht zum Beispiel zur Illustrierung ein Comicwolf, der ein Baby mit einer Guillotine enthaupet.

Warum betreibt Klaus Günter Annen die Internethetze? Er wolle darüber nicht mit der Presse reden, teilt er per E-Mail mit. Dem Internetportal Muslim-Markt hat er ein Interview gegeben. Darin begründet er seinen Einsatz mit den Geboten Gottes, die er als gläubiger Christ einzuhalten gedenke. Auf seiner Website vergleicht er Abtreibungen mit dem Holocaust.

Die Beratungsstelle von Pro Familia in München nennt er eine „Tötungsorganisation“. Seit 25 Jahren berät Eva Zattler dort Frauen, die eine Schwangerschaft beenden möchten. Diese sogenannte Schwangerschaftskonfliktberatung ist in Deutschland Pflicht. Drei Tage müssen zwischen Gespräch und dem Eingriff liegen. Nur dann ist der Abbruch in Deutschland bis zu zwölf Wochen nach der Empfängnis straffrei. Wird gegen die Auflage verstoßen, drohen dem Arzt bis zu drei Jahre Haft. Sind mehr als zwölf Wochen vergangen, müssen schwerwiegende gesundheitliche Gründe vorliegen, damit der Arzt eine Schwangerschaft abbrechen darf, etwa eine Gefährdung der Mutter oder schwerste Behinderungen beim Kind.

Mindestens einmal im Monat stehen Abtreibungsgegner vor dem Münchner Pro-Familia-Büro nahe der Universität. Einer der Aktivisten laufe regelmäßig vor dem Fenster des Hochparterres auf der Straße auf und ab und bete Rosenkränze für die Mitarbeiter, sagt Zattler. Anfangs hätten sie die Polizei gerufen. Mittlerweile haben sie aufgegeben. Zu viel Papierkram.

Ulrike Busch, Professorin für Familienplanung an der Hochschule Merseburg, gibt dem Gesetzgeber eine Mitschuld an dem nicht enden wollenden Konflikt. Denn die Reform des Abtreibungsparagrafen im Jahr 1993 sei halbherzig gewesen und habe nicht zu einer tief greifenden Liberalisierung geführt. Bis heute stehe der Schwangerschaftsabbruch im Strafgesetzbuch im Abschnitt „Straftaten gegen das Leben“ – kurz hinter Mord und Totschlag. Rechtlich betrachtet, so Busch, würden Frauen und Ärzte folglich noch immer kriminalisiert.

Vor allem im Süden der Republik lassen sich viele Gynäkologen einschüchtern. Nur wenige Ärzte sind so abgehärtet wie Stapf, für ihn ist der Feldzug der Abtreibungsgegner keine neue Erfahrung.



Demonstrierende Abtreibungsgegner*
Haarsträubende Vergleiche

Seit Jahren lauern Mitglieder eines Vereins gegen Schwangerschaftsabbrüche vor seiner Münchner Praxis den Patientinnen auf. Durch „Gehsteigberatungen“ sollen die Frauen davon abgehalten werden, ihre Schwangerschaft zu beenden. Die Aktivisten drücken Frauen Plastikembryos in die Hand, werfen sich vor ihnen auf die Knie, reden auf sie ein.

Oft kämen die Frauen weinend in die Praxis, erzählt Stapf, weil die „Lebensschützer“ so aggressiv und aufdringlich aufträten. Jahrelang beschwerte er sich beim Münchner Ordnungsamt. Doch erst im vorigen Monat konnte er durchsetzen, dass der Aufenthalt auf dem Gehsteig vor seiner Praxis komplett verboten wurde. Seitdem hielten sich die Aktivisten auf der gegenüberliegenden Straßenseite auf.

Als Stapf sich nach neuen Praxisräumen für den Standort Stuttgart umsah, wurden die Abtreibungsgegner auch dort zu einer Plage. Ständig behinderten sie ihn bei seiner Suche. Im vorigen Oktober hatte er zunächst neue Räume gefunden. Doch nachdem die Lokalpresse darüber berichtet hatte, demonstrierten die Gegner vor dem Gebäude, danach marschierten sie vor dem Rathaus auf. Stapf berichtet, die Abtreibungsgegner hätten Drohbriefe an den potenziellen Vermieter geschrieben. Daraufhin zog dieser sein Angebot zurück.

Nach der Schließung der Stuttgarter Praxis lief nur noch ein Anrufbeantworter: „Da wir auf dem freien Mietmarkt keine Räume für unsere Klinik finden konnten und sich die Stadt Stuttgart nicht in der Lage gesehen hat, uns andere Klinikräume zur Verfügung zu stellen, ist die Klinik Stapf leider endgültig geschlossen.“

Mittlerweile ist die Praxis leer geräumt, das Mobiliar eingelagert. Vorige Woche gab die Stadt Stuttgart bekannt, dass die Suche nach alternativen Räumen eingestellt worden sei. Friedrich Stapf, der früher auch Gast in Talkshows war, ist derzeit ungewohnt zurückhaltend. Über den Stand der Praxissuche in München möchte er nichts in der Zeitung lesen.

* Vor dem Rathaus in Stuttgart im November 2014.

Wer herausfinden will, wie viele Ärzte es in Deutschland noch wagen, ohne medizinische Indikation abzutreiben, landet im statistischen Niemandsland. Schuld daran ist ein Paragraf im Strafgesetzbuch, der es Ärzten verbietet, mit Schwangerschaftsabbrüchen zu werben (andernfalls drohen bis zu zwei Jahre Haft). Wer Stapf bei Google sucht, findet keine offizielle Website seiner Praxis – dafür aber das Aktivistenportal abtreiber.com, groteskerweise die einzig öffentlich zugängliche Auflistung, in der Abtreibungsärzte verzeichnet sind.

Nachforschungen von Pro Familia haben unlängst ergeben, dass es in einigen Städten und Landkreisen Bayerns keine Ärzte mehr gibt, die Abbrüche ohne medizinischen Grund vornehmen, darunter in Ingolstadt, in Bamberg und in Augsburg. Im bayerischen Allgäu findet sich nur noch ein Arzt. „Gerade in kleinen Städten und auf dem Land zeigt der Druck von Abtreibungsgegnern Wirkung“, sagt Zattler von Pro Familia.

In Passau, einer Universitätsstadt mit rund 50 000 Einwohnern, findet sich laut Pro Familia nur noch ein Arzt, der Abtreibungen vornimmt – obwohl dort zwölf Frauenärzte verzeichnet sind. Eigentlich wollte Michael Spandau schon vor fünf Jahren in Rente gehen; er macht weiter, weil sonst keiner hilft.

In einer gynäkologischen Praxis führt er bis heute Abbrüche durch. Die Besitzer der Praxis, zwei Frauenärztinnen, weigern sich. 300 Frauen kommen jedes Jahr zu ihm. Wenn es ihn nicht gäbe, müssten sie 120 Kilometer weit bis nach Regensburg oder sogar 200 Kilometer bis nach München fahren. Für die Frauen, die sich ohnehin in einer psychischen Notlage befinden, stellt das eine zusätzliche Belastung dar. „Eine Schweinerei in einer solchen Lebenssituation“, sagt Spandau.

Fragt man ihn, warum er nicht aufhört, erzählt er von früher, als verzweifelte Schwangere Seifenlauge tranken, um die Leibesfrucht loszuwerden, oder versuchten, den Embryo mit Nadeln aus ihrem Körper zu treiben. Michael Spandau hat die Zeit vor 1976 miterlebt, als Schwangerschaftsabbrüche in Deutschland verboten waren.

Spandau sagt, er wisse von der Website abtreiber.com. Einmal habe er sie aufgerufen, zusammen mit seiner Frau. Neben der Adresse der Praxis, in der er nun arbeitet, sieht man die Comiczeichnung eines blutverschmierten Chirurgen.

Der Mediziner sagt, er sei hart im Nehmen, ihm mache das nichts aus. Doch die Ärztinnen, in deren Räumen er derzeit noch praktizieren darf, fürchten den Druck der Abtreibungsgegner. Sein Vertrag läuft Mitte des Jahres aus. Er soll nicht verlängert werden. Nun will er sich, mit 66 Jahren, eine eigene Praxis suchen. Spandau: „Ich kann die Frauen doch nicht im Stich lassen.“

Vivian Pasquet, Christopher Piltz